



Abwasserreglement

Anhang: Gebührenordnung

Ingress

Die Einwohnergemeindeversammlung der Gemeinde Rickenbach beschliesst das Reglement gestützt auf § 47 Absatz 1 Ziffer 2 des Gemeindegesetzes vom 28. Mai 1970.

Alle Bezeichnungen sind geschlechtlich neutral.

Editor:	K. Gisin
Beschlossen:	Gemeindeversammlung Rickenbach
Datum::	9. Juni 2009
Genehmigt:	10.08.2009, Entscheid Nr. 293
Inkrafttreten:	1. Januar 2010
Ersetzt:	Abwasserreglement vom 14.12.1995, RRB Nr. 24 vom 18.1.1996
Änderung:	§ 30, Übergangsbestimmungen; Beschluss der Gemeindeversammlung vom 06.06.2011; genehmigt mit Verfügung Nr. 69 vom 17.02.20012 Anhang: Gebührenordnung zum Abwasserreglement, Art. 2.1 Mengengebühr und Art. 2.2 Grundgebühr; Beschluss der Gemeindeversammlung vom 19.06.2018 Anhang: Gebührenordnung zum Abwasserreglement, ergänzender Art. 1.3 Anschlussgebühren in Gewerbezone; Beschluss der Gemeindeversammlung vom 08.06.2023.

INHALTSVERZEICHNIS

A.	Allgemeine Bestimmungen	3
§ 1	Geltungsbereich	3
§ 2	Zusammenarbeit, Information und Sorgfaltspflichten	3
§ 3	Technische Ausführung	3
§ 4	Schadendienst	3
B.	Abwasseranlagen der Gemeinde	3
§ 5	Genereller Entwässerungsplan	3
§ 6	Projektierung und Bau	3
§ 7	Enteignung	3
§ 8	Betrieb und Unterhalt	4
§ 9	Haftungsausschluss	4
C.	Private Abwasseranlagen	4
I.	Bewilligungspflicht	4
§ 10	Bewilligungspflicht	4
II.	Abwasserentsorgung	4
§ 11	Liegenschaftsentwässerung	4
III.	Erstellung, Betrieb und Unterhalt, Stilllegung	5
§ 12	Grundsatz	5
§ 13	Unterhaltungspflicht	5
§ 14	Haftung	5
§ 15	Duldungs- und Auskunftspflicht	5
D.	Finanzierung	5
I.	Allgemeine Bestimmungen	5
§ 16	Grundsatz	5
§ 17	Festlegung der Beiträge und Gebühren	6
§ 18	Vorfinanzierung und Selbsterschliessung	6
§ 19	Zahlungsmodalitäten	6
§ 20	Verjährung	6
II.	Erschliessungsbeitrag	6
§ 21	Beitragspflicht	6
III.	Anschlussgebühren	6
§ 22	Anschlussgebühr	6
IV.	Abwassergebühren	7
§ 23	Jährliche Abwassergebühr	7
§ 24	Grundgebühr	7
§ 25	Bei der Gebührenerhebung zu berücksichtigende Wassermengen	7
E.	Schlussbestimmungen	7
§ 26	Vollzug	7
§ 27	Rechtsschutz	7
§ 28	Strafbestimmungen	8
§ 29	Aufhebung bisherigen Rechts	8
§ 30	Übergangsbestimmungen	8
§ 31	Inkrafttreten	8
Anhang: Gebührenordnung zum Abwasserreglement		9
1.1 Erschliessungsbeitrag		9
1.2 Anschlussgebühr		9
2.1 Abwassermengengebühr		9
2.2 Grundgebühr		9

A. Allgemeine Bestimmungen

§ 1 Geltungsbereich

Dieses Reglement regelt Planung, Bau, Betrieb, Unterhalt und Finanzierung der Abwasseranlagen der Gemeinde und von Privaten.

§ 2 Zusammenarbeit, Information und Sorgfaltspflichten

¹ Die Gemeinde arbeitet beim Gewässerschutz mit dem Kanton und den Nachbargemeinden zusammen.

² Sie fördert durch gezielte Information und Öffentlichkeitsarbeit den Schutz der Gewässer vor nachteiligen Einwirkungen.

³ Behörden, Bevölkerung und Betriebe beachten bei ihrem gesamten Verhalten folgende Sorgfaltspflichten:

- a. sie vermeiden Abwasser, indem sie Wasser überlegt und dosiert verwenden,
- b. sie wenden wenn möglich keine Stoffe an, die Abwassersysteme oder Gewässer gefährden, und sie leiten diese Stoffe nicht in die Kanalisation ein,
- c. sie gehen mit wassergefährdenden Stoffen, die sich nicht vermeiden lassen, besonders zurückhaltend und vorsichtig um.

⁴ Die Gemeinde ist bestrebt, bei ihren eigenen Bauten und Anlagen wassersparende bzw. abwasser-
vermindernde Massnahmen durchzuführen.

§ 3 Technische Ausführung

¹ Für die technische Ausführung der Anlagen zur Sammlung, Versickerung und Ableitung des Abwassers sind die gesamtschweizerischen Normen und Richtlinien der Fachverbände in der Regel verbindlich. Abweichungen sind zu begründen.

² Wo gesamtschweizerische Normen und Richtlinien fehlen, sind die EN-Regelwerke und Richtlinien richtungsweisend.

§ 4 Schadendienst

¹ Die Gemeinde unterstützt den Kanton bei der Verhinderung und Bekämpfung von Gewässerverunreinigungen.

B. Abwasseranlagen der Gemeinde

§ 5 Genereller Entwässerungsplan

¹ Der Generelle Entwässerungsplan (GEP) bildet die Grundlage für die Erstellung der Abwasseranlagen und die Art der Entwässerung der Einzugsgebiete.

§ 6 Projektierung und Bau

Die Gemeinde erstellt die Anlagen zur Sammlung und Ableitung des Abwassers im Rahmen des GEP.

§ 7 Enteignung

¹ Die Gemeinde hat das für die Erstellung der Anlagen zur Sammlung und Ableitung des Abwassers benötigte Areal oder Durchleitungsrecht zu erwerben. Soweit keine Verständigung über den Erwerb des Areals oder des Durchleitungsrechtes möglich ist, ist vom Gemeinderat das Enteignungsverfahren durchzuführen.

² Für die Planaufgabe und das Enteignungsverfahren gelten die Bestimmungen des Enteignungsgesetzes.

§ 8 Betrieb und Unterhalt

Die Gemeinde sorgt für den ordnungsgemässen Betrieb, den Unterhalt und den Ersatz der Abwasseranlagen. Sie prüft die Anlagen regelmässig auf ihre Funktionstüchtigkeit und ergreift die erforderlichen Massnahmen.

§ 9 Haftungsausschluss

Die Gemeinde haftet nicht für Schäden, die trotz ordnungsgemässer Erstellung, Betrieb und Unterhalt durch die Abwasseranlagen entstehen.

C. Private Abwasseranlagen

I. Bewilligungspflicht

§ 10 Bewilligungspflicht

¹ Für den Anschluss einer Liegenschaft an die öffentliche Kanalisation, für die Erweiterungen oder Änderungen des Entwässerungssystems sowie für die Versickerung oder die Einleitung von nicht verschmutztem Abwasser in ein oberirdisches Gewässer ist eine Bewilligung der Gemeinde, in bestimmten Fällen zudem eine Bewilligung des Kantons notwendig.

² Soll das Abwasser einer Liegenschaft gemäss dem GEP direkt in einen nicht kommunalen Kanal geleitet werden, so stellt die Gemeinde die Unterlagen dem Werkeigentümer zur Prüfung und Stellungnahme zu. Der Gemeinderat erteilt die Kanalisationsbewilligung unter Berücksichtigung der Unterlagen des Werkeigentümers. Vorbehalten bleibt die kantonale Abwasserbewilligung gemäss § 7 Abs. 2 und § 9 des Gesetzes über den Gewässerschutz.

II. Abwasserentsorgung

§ 11 Liegenschaftsentwässerung

¹ Von bebauten Grundstücken ist gemäss den Vorgaben des GEP

- a. verschmutztes Abwasser abzuleiten;
- b. nicht verschmutztes Abwasser abzuleiten oder versickern zu lassen.

² Grundeigentümer oder Baurechtsnehmer sind verpflichtet, die notwendigen Massnahmen zur Umsetzung von Abs. 1 Buchstabe b. zu treffen

- a. bei der Errichtung von Neubauten oder Umbauten, die einem Neubau gleichkommen;
- b. spätestens bei Erneuerung der Hausanschlussleitung oder
- c. spätestens 5 Jahre nach Erneuerung der sie betreffenden kommunalen Abwasseranlagen.

³ Nichtverschmutztes Abwasser soll wo möglich auf dem Grundstück selbst versickert werden.

⁴ Die Gemeinde kann bei Regenwasser-Nutzungsanlagen und bei privater Wasserversorgung die Installation von messtechnischen Einrichtungen zur Erfassung der genutzten Wassermenge (Wasserbezug) verlangen.

⁵ Der Kanton kann Landwirtschaftsbetrieben mit Nutztierhaltung erlauben, das Abwasser direkt landwirtschaftlich zu verwerten, wenn die Bedingungen von Art. 12 Abs. 4 des Bundesgesetzes über den Gewässerschutz (GSchG) erfüllt sind.

III. Erstellung, Betrieb und Unterhalt, Stilllegung

§ 12 Grundsatz

- ¹ Die private Abwasseranlage endet nach dem Anschlussstück an die öffentliche Kanalisation.
- ² Der Grundeigentümer oder der Baurechtsnehmer trägt die Kosten für die Erstellung, den Betrieb und den Unterhalt der privaten Abwasseranlagen sowie für deren fachgerechten Anschluss an die Abwasseranlagen der Gemeinde.
- ³ Der Anschluss an die Abwasseranlagen der Gemeinde darf nur von fachlich ausgewiesenen Unternehmen ausgeführt werden. Der Gemeinderat kann einen oder mehrere geeignete Unternehmer bestimmen.
- ⁴ Die Gemeinde kann ungenützte Anschlussleitungen gestützt auf eine rechtskräftige Stilllegungsverfügung abtrennen. Die Kosten gehen zu Lasten des Eigentümers der Anschlussleitung.

§ 13 Unterhaltungspflicht

Private Abwasseranlagen sind so zu unterhalten, dass sie gemäss den Bestimmungen des Gewässerschutzgesetzes betrieben werden können.

§ 14 Haftung

Der Grundeigentümer oder der Baurechtsnehmer haftet für alle Schäden, die durch ihre privaten Abwasseranlagen verursacht werden.

§ 15 Duldungs- und Auskunftspflicht

Für Kontrollzwecke ist den Gemeindebehörden oder den von ihnen beauftragten Organen der Zutritt zu den Abwasseranlagen zu gewähren und die erforderlichen Auskünfte sind zu erteilen.

D. Finanzierung

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 16 Grundsatz

- ¹ Das Kanalisationswesen der Gemeinde wird im Rechnungswesen als Spezialfinanzierung geführt, die mittelfristig ausgeglichen gestaltet werden muss.
- ² Die Kosten der Gemeinde für Bau, Betrieb, Unterhalt und Ersatz ihrer Abwasseranlagen sowie die von den Kläranlagenbetreibern überbundenen Kosten werden wie folgt weiterbelastet:
 - a. den Grundeigentümern in Form von Erschliessungsbeiträgen (Vorteilsbeiträgen) für die Möglichkeit des Anschlusses an die Abwasseranlagen der Gemeinde;
 - b. den Grundeigentümern oder den Baurechtsnehmern in Form von Anschlussgebühren für den Anschluss an die Abwasseranlagen der Gemeinde;
 - c. den Abwasserlieferanten in Form einer jährlichen Grundgebühr;
 - d. den Abwasserlieferanten in Form von jährlichen Abwassergebühren;
 - e. In Form von Gebühren für Bewilligungen, Kontrollen und besondere Dienstleistungen.
- ³ Im Falle einer Änderung der Eigentums- oder Besitzverhältnisse veranlasst der Grundeigentümer bei der Gemeinde die Ermittlung der bis zum Eigentums- bzw. Besitzübergang angefallenen Abwassergebühren.
- ⁴ Der bisherige Grundeigentümer haftet der Gemeinde bei Änderung der Eigentumsverhältnisse für die Abwassergebühren, die bis zum Zeitpunkt des Eigentumsübergangs angefallen sind. Bei Änderung der Besitzverhältnisse (Miete, Baurecht) haftet der Grundeigentümer für die Abwassergebühren, die bis zum Zeitpunkt des Besitzübergangs angefallen sind.

§ 17 Festlegung der Beiträge und Gebühren

- ¹ Die Gemeindeversammlung legt die Ansätze für die Berechnung der Erschliessungsbeiträge und Anschlussgebühren im Anhang zu diesem Reglement fest.
- ² Die Gemeindeversammlung legt die jährlichen Abwassergebühren bei Änderungen/Anpassungen fest.
Der Gemeinderat legt die Gebühren für Bewilligungen, Kontrollen und besondere Dienstleistungen fest.
- ³ Die Gemeinde erhebt die Abwassergebühren durch eine Rechnung mit Rechtsmittelbelehrung.

§ 18 Vorfinanzierung und Selbsterschliessung

- ¹ Werden Bauzonen nicht fristgerecht erschlossen oder werden im Rahmen von Erschliessungsprogrammen Etappierungen vorgesehen, können Grundeigentümer ihr Land nach Projekten, die sich auf den GEP stützen und die vom Gemeinderat zu genehmigen sind, selbst erschliessen (Selbsterschliessung) oder die Erschliessung bevorschussen (Vorfinanzierung).
- ² Wollen Dritte die gemäss Abs. 1 erstellten Abwasseranlagen mitbenützen, so müssen sie daran vor der Erteilung der Baubewilligung einen Beitrag leisten, der ihrer Mitbeanspruchung entspricht. Der Gemeinderat legt die Höhe des Beitrags fest und zieht ihn zuhanden der Berechtigten ein.
- ³ Hat die Gemeindeversammlung den ausstehenden Kredit bewilligt, so zahlt die Gemeinde die vorgeschossenen Mittel den Berechtigten unter Verrechnung der geschuldeten Erschliessungsbeiträge und Anschlussgebühren zinslos zurück.

§ 19 Zahlungsmodalitäten

- ¹ Die Erschliessungsbeiträge (Vorteilsbeiträge) werden nach der Erstellung der öffentlichen Abwasseranlagen, die Anschlussgebühren nach erfolgtem Anschluss der privaten Abwasseranlagen daran erhoben.
- ² Erschliessungsbeiträge und Anschlussgebühren und die jährlichen Abwassergebühren sind innert 30 Tagen nach der Rechnungsstellung zur Zahlung fällig.
- ³ Bei Überschreitung des Fälligkeitstermins wird ein Verzugszins analog Kanton BL für Steuern erhoben.

§ 20 Verjährung

Der Anspruch auf Erschliessungsbeiträge und Anschlussgebühren verjährt nach 5 Jahren ab dem Zeitpunkt, in dem sie erhoben werden können.

II. Erschliessungsbeitrag

§ 21 Beitragspflicht

- ¹ Der Erschliessungsbeitrag richtet sich nach der Fläche des erschlossenen Grundstücks.
- ² Im Baugebiet ist der Erschliessungsbeitrag unabhängig davon geschuldet, ob das Grundstück überbaut ist oder nicht.

III. Anschlussgebühren

§ 22 Anschlussgebühr

- ¹ Die Anschlussgebühr wird aufgrund der bebaubaren Grundstückfläche errechnet.
- ² Ein bereits geleisteter Erschliessungsbeitrag wird bei der Rechnungsstellung der Anschlussgebühr in Abzug gebracht.
- ³ Der Gemeinderat legt den Erschliessungsbeitrag fest, wenn das Grundstück nicht innerhalb des GEP liegt. Er orientiert sich dabei an den tatsächlichen Kosten.
- ⁴ Reduziert sich die Grundstückfläche, erfolgt keine Rückerstattung früher bezahlter Beiträge.

- ⁵ Bei einer Vergrößerung der Grundstückfläche oder wenn ein bisher unüberbautes Grundstück überbaut wird, werden früher bezahlte Anschlussgebühren nominal angerechnet.

IV. Abwassergebühren

§ 23 Jährliche Abwassergebühr

- ¹ Die Abwassergebühr wird in Form
- a einer Grundgebühr und
 - b einer Gebühr aufgrund der jährlichen Wasserbezugsmenge in Rechnung gestellt.
- ² Bei der Grundgebühr werden Veränderungen innerhalb eines Kalenderjahres im Folgejahr berücksichtigt.

§ 24 Grundgebühr

Die Grundgebühren werden in der Gebührenordnung geregelt.

Die Grundgebühr ist auch zu bezahlen, wenn kein Wasser bezogen wird.

§ 25 Bei der Gebührenerhebung zu berücksichtigende Wassermengen

- ¹ Werden mehr als 20 % oder mehr als 500 m³/Jahr der verbrauchten Wassermenge nachweislich nicht in die Schmutz- oder Mischwasserkanalisation abgeleitet, wird diese Menge bei der Gebührenerhebung in Abzug gebracht.
- ² Die Nachweise für die nicht gebührenpflichtige Abwassermenge sind durch die Wasserbezüger in der Regel durch von der Gemeinde abgenommene Wasserzähler zu erbringen.
- ³ Regenwassernutzungen vom mehr als 200 m³/Jahr werden bei der Gebührenerhebung berücksichtigt. Für die Erhebung dieser Abwassermenge ist die Gemeinde zuständig.
- ⁴ Abwassermengen aus privaten Wasserversorgungen (Quellen, Grundwasser) werden bei der Gebührenerhebung berücksichtigt. Für die Erhebung dieser Abwassermenge ist die Gemeinde zuständig.

E. Schlussbestimmungen

§ 26 Vollzug

- ¹ Der Gemeinderat vollzieht dieses Reglement und wacht über dessen Einhaltung durch Behörden, Betriebe und Bevölkerung. Für die Rechnungsstellung ist die Gemeindeverwaltung zuständig.
- ² Kommt der Eigentümer eines Grundstücks den gesetzlichen Pflichten trotz Aufforderung des Gemeinderates nicht nach, so kann dieser die nötigen Massnahmen auf dem Weg der Ersatzvornahme ergreifen.

§ 27 Rechtsschutz

- ¹ Gegen Verfügungen der Gemeindeverwaltung, die sich auf dieses Reglement stützen, kann innert 10 Tagen seit der Eröffnung beim Gemeinderat Einsprache erhoben werden.
- ² Gegen Verfügungen des Gemeinderates, die sich auf dieses Reglement stützen und die Beiträge oder Gebühren betreffen, kann innert 10 Tagen seit der Eröffnung beim Steuer- und Enteignungsgericht, Abteilung Enteignungsgericht, Beschwerde erhoben werden.
- ³ Gegen alle übrigen Verfügungen, die sich auf das vorliegende Reglement stützen, kann innert 10 Tagen seit der Eröffnung beim Regierungsrat Beschwerde erhoben werden.

§ 28 Strafbestimmungen

¹ Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen dieses Reglement oder eine darauf gestützte Verfügung verstösst, wird vom Gemeinderat mit einer Busse bis zu 5'000 Franken bestraft.

² Gegen die Bussenverfügung kann innert 10 Tagen beim Strafgerichtspräsidium die Appellation erklärt werden.

§ 29 Aufhebung bisherigen Rechts

Das Kanalisationsreglement vom 14. Dezember 1995 wird aufgehoben.

§ 30 Übergangsbestimmungen

¹ Für bewilligte und vor Inkrafttreten dieses Reglements erstellte Anschlüsse wird die Anschlussgebühr nach dem alten Reglement erhoben.

² Vergrössert sich der indexierte Brandlagerwert eines Gebäudes auf einem Grundstück, welches vor dem 1. Januar 2010 (nach altem Reglement) an die Wasserversorgung angeschlossen wurde infolge zwischenzeitlich durchgeführter baulicher Massnahmen auf das Doppelte oder mehr, so wird erneut eine Anschlussgebühr gemäss § 22, Abs. 1 fällig, wenn die hierzu notwendige Nachschätzung der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung nach dem 01.01.2010 erfolgte. Bereits geleistete Anschlussgebühren werden bei der Rechnungsstellung in Abzug gebracht.

§ 31 Inkrafttreten

Das vorliegende Reglement tritt nach Genehmigung durch die Bau- und Umweltschutzdirektion auf 1. Januar 2010 in Kraft.

Beschlossen an der Einwohnergemeindeversammlung vom 9. Juni 2009.

Im Namen der Einwohnergemeindeversammlung

Gemeindepräsident

Gemeindeschreiberin

Sig. A. Kohli

Sig. U. Breda

Die Bau- und Umweltschutzdirektion hat das vorliegende Abwasserreglement am 10. August 2009 mit Entscheid Nr. 293 genehmigt.

* * *

Änderung § 30, Abs. 2, Übergangsbestimmungen, genehmigt am 17.02.2012 mit Entscheid Nr. 69.

Anhang: Gebührenordnung zum Abwasserreglement

1. Einmalige Beiträge

1.1 Erschliessungsbeitrag (§ 21 Reglement)

Der Erschliessungsbeitrag beträgt Fr. 10.- pro m² Grundstückfläche

1.2 Anschlussgebühr (§ 22 Reglement)

Der Anschlussbeitrag beträgt Fr. 80.- pro m² der maximal überbaubaren Grundstücksfläche (Grundstücksfläche multipliziert mit zonenspezifischer Bebauungsziffer für Normalbauten).

1.3. Anschlussgebühr Gewerbezone (§22 Reglement)

Der Anschlussbeitrag beträgt Fr. 80.- pro m². Berechnungsgrundlage: 50% der Grundstücksfläche.

2. Jährliche Abwassergebühren

2.1 Abwassermengengebühr (§ 23 Reglement)

Die Mengengebühr beträgt CHF 3.00 pro m³ Wassermengenbezug

2.2 Grundgebühr (§ 24 Reglement)

Die Grundgebühr beträgt pauschal CHF 60.00 pro angeschlossenes, bewohnbares Gebäude (nach BGV) auf einem Grundstück.

Ergänzung der Gebührenordnung zum Abwasserreglement mit Beschluss der Gemeindeversammlung vom 08.06.2023 mit Art. 1.3

Änderung der Gebührenordnung zum Abwasserreglement beschlossen an der Gemeindeversammlung vom 19.06.2018:

Auf Bezugsperiode 2018/2019, Art. 2.1 Mengengebühr und Art. 2.2 Grundgebühr